Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 5

Artikel: Nach der sowjetischen Parteireform : die neue Struktur der KPdSU

Autor: Revesz, Laszlo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076841

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nach den sowjetischen Parteireformen

Die neue Struktur der KPdSU

von Laszlo Revesz

In einer laufenden Untersuchungsfolge (KB, Nrn. 47 bis 50, 1962, und Nr. 2, 1963) haben wir über die Reformen berichtet, denen das sowjetische Partei- und Wirtschaftsleben nach dem Novemberplenum des Zentralkomitees der KPdSU unterwofen wurde. Der heutige Beitrag befasst sich zusammenfassend mit einem der wichtigsten Aspekte der Neuordnung, dem Parteiaufbau, wie er sich jetzt präsentiert. Weitere Aspekte der Reformen werden ebenfalls thematisch behandelt werden.

Die radikalste Änderung seit 60 Jahren

Das Plenum des KPdSU-Zentralkomitees vom November 1962 beschloss in mancher Hinsicht die radikalste Aenderung im Parteiaufbau seit 1903, dem Gründungsjahr der Partei. (Damals wurden die ideologischen Prinzipien festgelegt, die anlässlich des 8. Parteitages von 1919 in konkreten Beschlüssen zur Parteistruktur formuliert wurden.) Lenin legte seine Gedanken bezüglich Struktur und Aufgaben der Partei im wesentlichen schon vor der «Oktoberrevolution» 1917 nieder, und die nach 1917 einander rasch folgenden Ereignisse hinderten ihn daran, die Organisation der KP weitgehender zu revidieren.

Nach seinem Tode (Januar 1924) wurde die Rolle der Partei immer mehr durch die Rolle der politischen Polizei ersetzt. Stalin richtete einen Anschlag nach dem anderen auch gegen die Parteilinie und gegen ehemalige Mitkämpfer. Soweit er der Partei eine Rolle zudachte, war diese ausschliesslich auf die politische Linie beschränkt. Parteiorganisationen und -mitglieder mussten sich ständig mit dem «Suchen nach Feind» befassen. Ihre einzige Aufgabe konzentrierte sich auf ständige Prüfung und Kontrolle der Zuverlässigkeit von parteilosen Personen und der eigenen Parteireihen, wobei sie die geringste Kritik über die offizielle und ausschliesslich von oben diktierte Parteilinie im Keim ersticken mussten. Was der Chef der politischen Polizei, Dschierschinskij, noch zu Lebzeiten Lenins verlangte, dass nämlich Parteimitglieder zu geheimen Mitarbeitern der politischen Polizei werden müssten, wurde unter Stalin zu einer traurigen Wirklichkeit. Die in den Parteistatuten pro forma gesicherte Leitung und Kontrolle der Parteiorganisationen in Betrieben und Aemtern bedeutete auch nicht, dass sich die Parteileute der Wirtschaftsführung gewidmet hätten, sondern beschränkte sich ausschliesslich auf die Kontrolle der «Kaderpolitik». Die Parteiorgane niedrigeren Ranges wurden von der Wirtschaft ziemlich entfernt gehalten. Das war übrigens gewiss zweckmässig, denn ihre Funktionäre bestanden aus lauter primitiven Parteileuten, die ihre Wichtigkeit durch Aufdeckung von politischen Fehlern, von partei- und staatsfeindlichen Komplotten usw. unter Beweis stellen wollten. Sie wären auch nicht imstande gewesen, die komplizierte Wirtschaftsführung zu verfolgen.

Priorität der Wirtschaft

Stalins Tod vor zehn Jahren war es, der zu einer langsamen Aenderung führte. Dieser neue Entwicklungsprozess fand in den Beschlüssen des brühmten «Novemberplenums» des ZK (1962) seinen Abschluss. Die neue, von Malenkow, vor allem aber von Chruschtschew eingeführte grundsätzliche Neuerung forderte: die Partei muss der Wirtschaft im allgemeinen grössere Aufmerksamkeit schenken. Chruschtschew erklärte am Novemberplenum sogar ganz kategorisch: «Die Hauptsache ist die Produktion.» Dabei muss die Partei auch andere Gebiete des Staatslebens leiten und kontrollieren. (Sein Referat am ZK-Plenum, «Prawda», 20. 11. 62., S. 2.)

Gesellschaftsorganisationen

Dieser Grundsatz hat für die Gesellschaftsorganisationen, vor allem für den Komsomol und die Gewerkschaften, noch grössere Bedeutung. Wie der Erste Sekretär des ZK des Komsomol, S. P. Pawlow, am ZK-Plenum erklärte, war zuvor seit 1935 die Rolle des Komsomols auf Stalins Befehl auf die Errichtung eines speziellen «hochqualifizierten Erziehungsapparates» konzentriert. Am 11. ZK-Plenum des Komsomols (1935) wurden diejenigen Komsomol-Organisationen, die bestrebt waren, an der Entwicklung der Volkswirtschaft konkret teilzunehmen, verurteilt. Als erstrangige Aufgabe des Komsomols wurde vorgeschrieben, den «Feind» aufzudecken. Dementsprechend wurde auch der Komsomol-Apparat umgestaltet. Im ZK des Komsomols wurden einige parallel tätige, politische, kulturelle und andere Abteilungen errichtet. Es gab aber keine Abteilung für die Organisation zur Teilnahme der Jugend an wirtschaftlichen Aufgaben. (Vgl. «Prawda», 23. 11. 62., S. 6.)

Da es in der offiziellen Wendung hiess, die Gewerkschaften seien die «Schule der Partei», ist es klar, dass auch die Gewerkschaften eher auf die Politik als auf die Wirtschaft «profiliert» waren.

Die «Neuerungen»

des Novemberplenums lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Der neue Parteiaufbau wird vollständig auf Produktionsprinzip — anstelle des vorher geltenden territorialen und Produktionsprinzips — gestellt. Diese prinzipielle Umstellung des Organisationsgrundsatzes zieht sowohl im Parteizentrum als auch in den Parteiorganen niedrigeren Ranges und in den Grundorganisationen weitgehende Aenderungen mit sich.

Die neuerrichteten zentralen Organe (im Rahmen des Unions-Zentralkomitees) sind folgende:

Büro für Industrie und Bauwesen

Büro für Landwirtschaft

Büro für chemische Industrie und Leichtindustrie

Büro für die Leitung von Industrie und Bauwesen in der RSFSR

Büro für die Leitung der Landwirtschaft in der RSFSR

Büro für die zentralasiatischen Republiken

Kommission für die Fragen der Parteiorganisationen bzw. der Organisationen der Partei

ideologische Kommission

das Komitee für Partei- und Staatskontrolle als gemischtes Organ der Partei und des Staates.

Bezüglich der neuen ZK-Struktur müssen folgende Anmerkungen gemacht werden: Die Büros zur Leitung der einzelnen Wirtschaftsbranchen werden eigentlich den Apparat der bisherigen Abteilungen des ZK-Sekretariates übernehmen und diese leiten bzw. kontrollieren. Die Aenderung bedeutet eigentlich die Erweiterung der *«Parteiministerien»*, welche in Zukunft die entsprechenden staatlichen Ministerien und Komitees mit grösseren Fachkenntnissen leiten und kontrollieren müssen und durch die speziell ihnen unterstellten Parteiorgane niedrigeren Ranges und Grundorganisationen auch auf die parallelen Staats- und Wirtschaftsorgane einen erweiterten und unmittelbareren Einfluss ausüben können.

Die asiatische Kolonie

Wahrscheinlich wird die Errichtung des Büros des ZK für die zentralasiatischen Republiken erheblich grössere Schwierigkeiten und Widerwillen seitens der lokalen Kommunisten nach sich ziehen. Deshalb erklärte Chruschtschew wörtlich: «Es ist selbstverständlich, dass dieses Organ des ZK der KP der Unionsrepubliken auf keinen Fall ersetzen oder ihre Funktionen übernehmen wird. Es ist vollständig klar, dass das ganze Leben der Republik weiterhin unter der Leitung des ZK der KP der Unionsrepublik steht. Hauptaufgaben des Zentralasiatischen Büros (Sredazbjuro) sind: es muss den zentralasiatischen Parteiorganen behilflich sein, die Leitung der Industrie, des Bauwesens und der Landwirtschaft zu vervollkommnen, die Tätigkeit der Partei-, Sowjet- und Wirtschaftsorgane dieser Republiken zu koordinieren und in Einklang zu bringen... Als Mitglieder sollen die Ersten ZK-Sekretäre von Uzbekistan, Tadzikistan, Kirgizstan und Turkmenistan, der Präsident (des zu schaffenden) Zentralasiatischen Volkswirtschaftsrates, der Leiter des einheitlichen Organs für Kapitalbauten (Sredazstroj, noch nicht existierendes Organ), die Leiter der Zentralasiatischen Verwaltung für Baumwollproduktion und der Hauptverwaltung für Bewässerung und Sowchosenbau (erst jetzt zu errichtenten Organe [Anm.]) amtieren... («Prawda», 20. 11. 62., S. 2.)

Die Ersten Sekretäre der «nationalen» Kommunistischen Parteien der zentralasiatischen Republiken scheinen in ihren Kongressreden die Errichtung des zentralasiatischen ZK-Büros keineswegs begeistert begrüsst zu haben. Sie befürworteten die einheitliche Wirtschaftsführung, übergingen aber die Zentralisierung der Parteiführung mit Schweigen. Chruschtschew seinerseits sagte in seiner berühmten Rede, dass die Errichtung der neuen Wirtschaftsorgane auf Billigung der interessierten Republiken traf; im Zusammenhang mit dem «Büro» vermied er aber eine solche Erklärung. Der Bericht über die erste Sitzung des neuen Organs weist auch auf die Gründe des Widerwillens der nichtrussischen Kommunisten der «nationalen» KP hin. Zum Präsidenten dieses zentralasiatischen Organs wurde vom Moskauer Parteizentrum ein Russe, V. G. Lomonosow,

ernannt. Wie man aus den Namen der Anwesenden klar erblicken kann, besteht das «Zentralasiatische» Büro aus Russen. Als ein Kompromiss wurde jedoch die Sitzung nicht in Moskau, sondern in der uzbekischen Hauptstadt Taschkent abgehalten. («Prawda Wostoka», 30. 12. 62., S. 1.)

Agitprop-Nachfolger

Die neuerrichtete *«ideologische Kommission»* des ZK wird sich vor allem mit der Propaganda, mit der «massenpolitischen» Arbeit usw. befassen. In den Abteilungen der Propagandasektion werden die Kampagne für politische Aufklärung, die «Lektionspropaganda», die Kampagne für wirtschaftliche Ausbildung der Parteileute (und auch Parteilosen) usw. geführt. In den massenpolitischen Sektionen der ideologischen Kommission werden folgende Abteilungen tätig sein: Abteilung für die Arbeit mit Agitatoren, Abteilung für die Organisation von Massenveranstaltungen, für mündliche Agitation, für veranschaulichende Agitation, für Massenorganisationen usw.

Die ideologische Kommission übernimmt im wesentlichen die erweiterte Funktion der Agitprop-Abteilung (Agitation und Propaganda), die als solche aufgehoben ist. Die ideologische Kommission wird ihre Organe (Unterkommissionen) in allen niedrigeren Parteiorganen und in den Grundorganisation haben. Wie aus einem Bericht der zentralen ideologischen Zeitschrift des ZK der KPdSU klar hervorgeht, wurden in einigen Unionsrepubliken und Gebieten die ideologischen Kommissionen der Parteiorgane niedrigeren Ranges schon vor dem Novemberplenum errichtet.

Die neuerrichtete *ZK-Kommission für Fragen der Parteiorganisationen* wird einen Teil der Funktionen des parallel aufgehobenen bisherigen Komitees für Parteikontrolle beim ZK übernehmen. Sie wird mit der Pflicht betraut, Fälle zu behandeln, in denen gegen Beschlüsse der ZK kommunistischer Parteien von Unionsrepubliken bzw. Beschlüsse der Gebiets- und Grenzgebietskomitees über den Ausschluss aus der KPdSU oder über Parteistrafen Berufung eingelegt wird. (Vgl. den Beschluss des Novemberplenums, III. Teil, «Neues Leben», 29. 11. 62.)

Garant der Disziplin

Das Komitee für Partei- und Staatskontrolle unterstellte eigentlich alle Staats- und Wirtschaftsorgane *der unmittelbaren* und systematischen Parteikontrolle. Das neue Organ soll die Partei- und Staatsdisziplin sowie die sozialistische Gesetzlichkeit festigen. Es arbeitet unter der *unmittelbaren* Leitung des ZK der KPdSU und des Unionsministerrates, und das Statut des neuen Organs sieht die Möglichkeit von gemeinsamen Kontrollen mit den ZK-Abteilungen bzw. mit dem Apparat des Unionsministerrates vor. Die wichtigsten Zellen des grossen Kontrollapparates sind eigentlich die in den Werkstätten, Fabrikabteilungen, Brigaden usw. zu errichtenden Gruppen oder Posten für die Zusammenarbeit mit den Kontrollkomitees, welche unter der unmittelbaren Leitung der entsprechenden Parteiorganisationen (des Betriebes) und des höheren gemischten Partei- und Staatskontrollorgans arbeiten müssen. Die neuen Organe der Partei- und Staatskontrolle werden den bisherigen staatlichen Apparat der «Kommission für Staatskontrolle» übernehmen und das Statut des neuen Komitees unterordnet diesen Apparat den eigentlichen Parteikontrolleuren. (Vgl. das Statut: «Iswestija», 18. 1. 1963, S. 3.)

Das neue Organ wird also die wirtschaftliche Kontrolle mit der politischen verbinden.

Auf der Unterstufe

Die Reform fiel in den niedrigeren Parteiorganen bzw. in den Grundorganisationen folgendermassen aus:

Umgestaltet werden die Zentralkomitees der «nationalen» KPs. Auch dort werden je ein Büro für die Leitung und der Landwirtschaft errichtet. Diese Büros sollen den zukünftigen (bzw. nach dem Novemberplenum gleich errichteten) ZK-Präsidien unterstellt werden. Auch das ZK-Präsidium der «nationalen» KPs ist eine Neuerung, das im geltenden Parteistatut noch unbekannt ist. Laut Art. 45 des Statutes soll nämlich die Arbeit der republikanischen ZKs durch ein Büro gewählt werden, das jetzt ins Präsidium umgewandelt wird.

Es ist ferner bemerkenswert, dass diese ZK-Präsidien eigentlich und praktisch schon vor dem Novemberplenum existierten. Als Beispiel für die Verachtung der geltenden Parteinormen ist der Fall des ZK-Präsidiums in Sowjetlettland charakteristisch. Das Präsidium wurde am 7. Dezember 1962 gewählt. Bevor es aber noch juristisch existierte, hat es die Büros für die Leitung der Industrie und der Landwirtschaft errichtet. Es heisst im Bericht über das Plenum des ZK der KP vom Sowjetlettland: Das Plenum bestätigte den Beschluss des ZK-Präsidiums über die Errichtung von zwei Büros («Sowjetskaja Latwija», 8. 12. 62., S. 1). Diesem Bericht zufolge wurden die offiziell vom Novemberplenum eingeführten Neuerungen in einzelnen Republiken schon vorher etabliert.

Alle Kommunisten, die in der Landwirtschaft, in der landwirtschaftlichen Industrie, im staatlichen Aufkaufswesen und in den Organen der «Selchoztechnika» sowie in der Agrarverwaltung arbeiten, bilden die Agrar-Parteiorganisationen; diejenigen hingegen, die in der Industrie, Industrieverwaltung, im Transportwesen, Bauwesen usw. tätig sind, werden in den Industie-Parteiorganisationen zusammengefasst. Beide Organisationen haben ihre eigene Hierarchie, bis zum entsprechenden Büro des Unions-Zentralkomitees bzw. des republikanischen Zentralkomitee hinauf. Es sind lediglich die Zentralkomitees und die Parteikongresse (sowohl Unions- als auch Republik-Kongresse), die einheitlich bleiben.

Die Gebiets- und Grenzgebiets-Parteikomitees bzw. Parteiorganisationen werden aber schon mehrheitlich in zwei autonome Teile zerfallen: eine Industrie- und eine Landwirtschafts-Parteiorganisation, mit einem Industrie-Parteikomitee bzw. Agrar-Parteikomitee an der Spitze. Gegenwärtig gibt es in den Gebiets- und Grenzgebiets-Parteikomitees für Sekretäre und 10 Abteilungen. In Zukunft werden nur je zwei Sekretäre im Agrar- oder Industriekomitee (insgesamt also vier) mit den ihnen untergeordneten Abteilungen tätig sein. Dort, wo der wirtschaftliche Charakter des Gebiets oder Grenzgebiets einheitlich ist, wird die bisherige einheitliche Struktur des Komitees erhalten bleiben.

Bezirke

Eine andere Organisationsstruktur wird für die Bezirke eingeführt. Die Stadtkomitees der Partei werden sich nur mit der Industrie befassen, sie werden also ihre einheitliche Struktur bewahren. Die Landesbezirks-Parteikomitees werden auch einheitlich bleiben. Doch werden sie in die Parteikomitees der Kolchos-Sowchos-Produktionsverwaltungen umgewandelt. Da die Anzahl der Landesbezirke nach der neuen Organisation erheblich kleiner wurde, ist auch die Anzahl der Parteikomitees entsprechend kleiner geworden. Die Bezirks-Parteiorganisation wird also im Grunde genommen einheitlich bleiben und eine Agrarorganisation darstellen. Für diejenigen Industriebetriebe aber, welche auf dem Gebiet der einzelnen Kolchos-Sowchos-Produktionsverwaltungen existieren, wird man spezielle Zonen-Parteiorganisationen und Zonen-Parteikomitees errichten. Diese werden selbstverständlich Industrie-Parteiorganisationen.

Angesichts dessen, dass es in vielen Gebieten und Republiken Grossbetriebe gibt, welche von den Städten und Bezirkszentren entfernt liegen, wurde folgende Zwischenlösung gefunden: die Parteikomitees jener Betriebe, in welchen mehr als 500 Kommunisten tätig sind, sollen unmittelbar dem entsprechenden Gebiets- oder Grenzgebiets-Industrie-Parteikomitee untergeordnet werden.

Nach dem Beispiel der RSFSR sieht die neue Struktur der KPdSU folgendermassen aus: in 45 Gebieten werden parallele Industrie- und Agrar-Parteiorganisationen mit parallelen Industrie- und Agrar-Parteikomitees errichtet. In den Gebieten, die den autonomen Republiken unterstellt sind, werden hingegen einheitliche Parteikomitees (nach dem Charakter des Gebietes) errichtet. Statt den bisherigen 1867 Landesbezirkskomitees der Partei wurden 784 Parteikomitees der Agrarproduktionsverwaltungen sowie 165 zonale Parteikomitees für die Industrie-Parteiorganisationen errichtet. In 150 nördlichen — Taiga (Urwald) — und Gebirgsbezirken werden auch in Zukunft die bisherigen einheitlichen Bezirks-Parteikomitees existieren, denn hier werden keine Agrarverwaltungen errichtet.

Soziales

Ungarn

Die neue Klasse

Die Möglichkeiten kommunistischer Wirtschaftsfunktionäre, sich auf Kosten der Gesellschaft zu bereichern, stehen immer wieder zur Diskussion. Wir konfrontieren anschliessend zwei ungarische Beiträge zu diesem ergiebigen Thema. Vorerst ein erfundenes Interview aus der satirischen Zeitschrift «Ludas Matyi», hernach die wahre Geschichte vom Genossen Palmai aus der «Nepszabadsag».

Interview

Was will dieser Kerl im grünen Livrée? Warum hält er die kleine Silberschale unter meine Nase? Ich habe keine Ahnung von seinen Absichten. So stehen wir einander gegenüber. Wir warten ab. In peinlicher Stille vergehen die Sekunden. Endlich wird er der Sache überdrüssig. Er wendet seine Fischaugen von der Decke ab und, über meine Schulter sehend, spricht er mich an: